

## Nicht einfach zu erklären: Griechenlands Kapitulation

*Wir schaffen es, ohne Waffen-SS.* Wolfgang Neuss – Der Mann mit der Pauke

### Das Elend tritt in eine neue Phase

Was war nicht alles bei einem Nein (OXI) der Griechen vorausgesagt worden. Sowohl für EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker als auch für EU-Parlamentspräsident Martin Schulz stand fest, dass dies den sicheren Grexit bedeutet hätte. Sandra Navidi von der Consultingfirma Beyond Global prophezeite im *Handelsblatt* gar, dass dann in Griechenland die »Anarchie ausbreche«.

Doch am Tag danach wurde gemeldet, dass der Dax zwar auf den Ausgang des griechischen Referendums reagiert – »allerdings nicht mit Panik«. Das deutsche Börsenbarometer sowie der Euro zeigten nur moderate Abschläge.

In den Hauptstädten der Euro-Länder zeigte man sich zwar alles andere als amused, doch Panik brach auch hier nicht aus. Vielmehr wurde das seit Jahren praktizierte europäische Krisenmanagement wieder aufgenommen: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande vereinbarten bereits am Sonntag abend einen Sondergipfel der Euro-Länder für letzten Dienstag. Zuvor trafen sich die Euro-Finanzminister. Auch mit Alexis Tsipras sprach man wieder. Gemeldet wurde, dass François Hollande gleich nach Bekanntwerden des Ergebnisses des Referendums mit ihm telefoniert habe, und zwar noch vor dem Gespräch mit Merkel. Später dementierte dies Paris, doch ganz offensichtlich ergriff Hollande die Initiative.

Deutsche Pläne für einen befohlenen Grexit, der auf Straffung und Umbau der Euro-Zone zielt, was den Bewegungsspielraum auch von Frankreich einengen würde, wollte man unbedingt vereiteln. Hollande hatte dabei die italienische Regierung an seiner Seite. Nach Italiens Außenminister Paolo Gentiloni sei es »jetzt richtig, wieder damit anzufangen, eine Vereinbarung zu suchen«.

Neue Gespräche suchte vor allem aber Tsipras, hatte er doch seinen Landsleuten versprochen, ein mehrheitliches »Nein« werde seine Verhandlungsposition stärken.

Als Grundlage dafür konnte das alte Angebot Athens dienen, dessen Ablehnung Anlass des Referendums war. Es enthielt bereits umfangreiche neue Belastungen, etwa durch Rentenkürzungen und höhere Mehrwertsteuern. Es sprach einiges dafür, dass die Gläubiger jetzt, nach erfolgtem Kräftenessen, bereit waren, einen dauerhaften Kompromiss mit der Syriza-Regierung einzugehen.

Der Rücktritt von Finanzminister Gianis Varoufakis diente Athen dabei als Versöhnungsangebot. Es heißt, er sei nicht ganz freiwillig aus dem Amt geschieden. Auf seinem Blog schrieb er hierzu: »Bald nach der Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums bin ich auf eine gewisse Präferenz einiger Euro-Gruppen-Teilnehmer und verschiedener Partner für meine Abwesenheit von den Meetings hingewiesen worden. Eine Idee, die der Ministerpräsident als möglicherweise hilfreich auf dem Weg zu einer Einigung bewertete. Aus diesem Grund verlasse ich das Finanzministerium heute.«

Dem britischen Magazin „New Statesman“ sagte Varoufakis nun, er sei zurückgetreten, weil er bei einem Kabinetttreffen überstimmt worden sei, bei dem er für eine harte Linie gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) geworben hatte. So schlug er unter anderem vor, der EZB die Kontrolle über die griechische Zentralbank abzunehmen sowie Schuldscheine einzuführen. Er sei aber bei zwei zu vier Stimmen überstimmt worden.<sup>1</sup> Es war Varoufakis, der erklärt hatte, er würde sich lieber den Arm abtrennen lassen, als eine Vereinbarung zu unterschreiben, in der kein Schuldenschnitt enthalten sei. Der Arm bleibt nun dran, aber auch die Schulden werden bleiben. Das Elend Griechenlands tritt in eine neue Phase.

## **Hellas unterm Hammer<sup>2</sup>**

Eine Woche später: Kein »Grexit«, keine Staatspleite: Griechenland bleibt im Euro-Verbund, wird faktisch zur Kolonie Brüssels, und die Pleite wird weiter verschleppt. Das ist die Bilanz einer 17-stündigen Nachtsitzung von 28 EU-Staats- und Regierungschefs sowie den Spitzenvertretern aus Brüsseler Amtspalästen. Ergebnis: der Wille, Verhandlungen über ein erneutes »Hilfsprogramm« im Volumen von (zunächst) 82 bis 86 Milliarden Euro aufzunehmen. Griechenland bleibt allenfalls auf dem Papier souverän, faktisch kommt es unter den Hammer.

Zunächst muss das Parlament in Athen seine Zustimmung zu dem in Brüssel vereinbarten Deal geben. Auch verlangt die Übereinkunft, dass bis Mittwoch erste Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beschlossen werden, eine »Rentenreform« konzipiert und eine Art Kürzungsautomatismus im Haushalt installiert wird. Es sind Vorbedingungen.

Erst danach beginnen Verhandlungen – mit der »Troika«. Das inzwischen in »die Institutionen« umbenannte Dreigespann aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission soll das Dreijahresprogramm im einzelnen festmachen. Danach muss Athen bis zum 22. Juli die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken beschließen. Verlangt wird u. a. auch eine Justizreform zur Beschleunigung der mit der Erfüllung der Auflagen verbundenen Verfahren. Bis Oktober muss die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre festgezurrert sein.

Damit nicht genug. Der griechische Markt wird »geöffnet«. Privatisierungen im Energiesektor, Fortführung von sogenannten »Reformen« auf dem Arbeits- und dem Finanzmarkt sowie weitere Eingriffe in die Souveränität des Landes sind fest eingeplant.

Die EU-Regierenden haben vor, Griechenland zur Überführung von Staatsvermögen in einen »unabhängigen Fonds« unter Aufsicht der EU zu drängen. Der Name »Treuhand« fiel in diesem Zusammenhang in Medienberichten des öfteren. Vermutlich wird auch das Ergebnis dem jener »Anstalt« entsprechen, mit der die Bundesrepublik einst Wirtschaft und Infrastruktur der DDR vermarktet hatte: kompletter Ausverkauf. Damit soll der Fonds 50 Milliarden Euro Erlösen.

---

<sup>1</sup> New Statesman 13.07.2015

<sup>2</sup> Von Klaus Fischer in junge welt vom 14.07.2015

Kalkuliert wird, davon die Hälfte zur Begleichung der Kosten der Bankenrekapitalisierung einzusetzen, das Geld ginge zurück an den ESM<sup>3</sup>-Fonds. Jeweils weitere 12,5 Milliarden Euro sollen zum Schuldenabbau sowie für direkte Investitionen genutzt werden.

Selbstverständlich müsse Athen nicht nur sicherstellen, dass Troika-Vertreter Zugang zu den Ministerien erhalten. Sie sollen überdies die relevanten Gesetzentwürfe absegnen, bevor diese im Parlament verhandelt werden: Ohne Abstimmung verabschiedete Gesetze müssen zurückgenommen oder ihre Kosten durch andere Maßnahmen kompensiert werden.

Es ist ein Siegerdiktat. Doch Gewinner wird es – abgesehen von den Spekulanten – bei dieser seit 2010 aufgeführten Haupt- und Staatsaktion nicht geben. Auch nicht, wenn sie Alexis Tsipras heißen. Der Ministerpräsident dürfte schweren Zeiten entgegensehen. »Wir stehen vor schwierigen Entscheidungen«, sagte Tsipras, es dürfte der Euphemismus des Jahres sein. Bei der anstehenden Parlamentsabstimmung wird sich zeigen, wie die Abgeordneten zu der Vereinbarung ihres Regierungschefs mit den »Institutionen« stehen.

### **»Oxi« für Tsipras<sup>4</sup>**

Griechenland wird de facto einer Kolonialherrschaft der »Institutionen« unterworfen. Nach einem 17 Stunden dauernden Verhandlungsmarathon ging Alexis Tsipras in die Knie. Nachdem sich am Montag morgen die Regierungschefs der 19 Euro-Länder »einstimmig« darauf verständigt hatten, Verhandlungen über ein »drittes Hilfspaket« aufzunehmen, muss er das Brüsseler Diktat in Athen als annehmbar verkaufen. Man habe sechs Monate lang hart gekämpft um die bestmögliche Vereinbarung herauszuholen, erklärte der Syriza-Chef am Montag morgen. Das erzielte Abkommen halte »Griechenland finanziell stabil« und eröffne Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung, setzte der griechische Ministerpräsident hinzu. Tsipras bekannte jedoch, dass es schwierig sein werde, die von den Gläubigern eingeforderten »unweigerlich zum Abschwung führenden« Maßnahmen umzusetzen. »Gleichzeitig glaube ich, dass die große Mehrheit des griechischen Volkes den Versuch der Rückkehr in den Aufschwung unterstützen wird«, gab er sich dennoch zuversichtlich. Abschließend versprach der Regierungschef, dass die Kosten des neuen Memorandums diesmal »nicht ausschließlich von denen getragen werden, die schon die Lasten der letzten Jahre geschultert haben«. Die Oligarchen sollen ran: »So hart, wie wir für das Bestmögliche für Europa gekämpft haben, so hart werden wir

---

<sup>3</sup> Mit dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) sollen zahlungsunfähige Mitgliedstaaten der Eurozone unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen (Artikel 13 des ESM-Vertrages), mit Krediten der Gemeinschaft der Euro-Staaten unterstützt werden, wobei auch anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der Beitritt zu diesem Vertrag offensteht (Art. 44). Das wesentliche Instrumentarium des ESM sind Notkredite und Bürgschaften (auch als „Haftungsgarantien“ bezeichnet): Überschuldete Mitgliedstaaten sollen Kredite unter subventionierten Konditionen erhalten. Im ESM-Vertrag ist zudem festgeschrieben, dass jeder Mitgliedstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umsetzen muss sowie eine tiefgehende Analyse über die Nachhaltigkeit seiner Staatsschuldensituation unternehmen soll (Art. 12, Art. 13 Abs.3 ESM-Vertrag). Seit dem 1. Juli 2013 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die einzige Institution für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten des Euroraums. Seit diesem Tag ist die EFSF nicht mehr für die Finanzierung von Programmen oder neuen Kreditfazilitäten zuständig. Derzeitiger Leiter (CEO) ist - wenig verwunderlich - der Deutsche [Klaus Regling](#).

<sup>4</sup> Von Heike Schrader, Athen in junge welt vom 14.07.2015

nun kämpfen müssen, um mit dem Establishment im Inland fertig zu werden.«

Die »Linke Plattform« in Syriza kritisierte am Montag das Abkommen dagegen als »neues schweres Memorandum, das die Vormundschaft der Troika und die Versklavung der Gesellschaft wiederherstellt und verstärkt und das Land als Schuldenkolonie in der von Deutschland geleiteten EU hält«. Bei dem Brüsseler Gipfel sei »auf tragischste Weise klar geworden, dass es im Kampf der Wölfe der Euro-Zone keinen Spielraum für eine unabhängige und eigenständige Antidepressions- und volksfreundliche Politik gibt«, analysierte der linke Syriza-Flügel weiter, als dessen Führungsfigur der noch amtierende Minister für Umwelt, Energie und wirtschaftlichen Wiederaufbau Panagiotis Lafazanis gilt.

Die Bevölkerung dürfe sich jetzt nicht entmutigen lassen, heißt es in dem auf dem eigenen Internetportal Iskra.gr veröffentlichten Text weiter. Sie müsse im Gegenteil »auf einem Nein in Konfrontation mit den Memoranden, dem Neoliberalismus und der Austerität, die in der Euro-Zone institutionalisiert sind«, bestehen.

Die »Linke Plattform« steht mit ihrer Ablehnung nicht allein. In ganz Europa hatten sich noch während der laufenden Verhandlungen Tausende über Twitter unter dem Hashtag #thisisacoup gegen die kalte Kriegserklärung an Griechenland gewehrt und Tsipras aufgefordert, den Verhandlungstisch zu verlassen. Einem ebenfalls im Internet, diesmal über Facebook verbreiteten Aufruf zu einer ersten Demonstration für Montag abend in Athen unter dem Motto »Wir verlassen DIESES Europa« hatten sich in den Mittagsstunden schon mehr als 16.000 Menschen angeschlossen.

Bereits in den nächsten Tagen wird mit einer Kabinettsumbildung in Griechenland gerechnet, da die beiden der Linken Plattform angehörenden Minister Panagiotis Lafazanis und sein für die Rentenversicherung zuständiger Kollege Dimitris Stratoulis für eine Umsetzung der Gläubigerforderungen sicherlich nicht zur Verfügung stehen werden. Gerüchte, die Koalitionspartnerin Anel werde angesichts der von Parteichef und Verteidigungsminister Panos Kammenos als »irrational« bezeichneten Gläubigerforderungen die Regierungsbeteiligung aufkündigen, wurden noch am Montag von der Partei zurückgewiesen. Die Oppositionspartei To Potami dagegen kündigte bereits an, Tsipras unterstützen zu wollen, eine Beteiligung an der Regierung lehnte man jedoch ab. Schon das Mandat zur entscheidenden Verhandlungsführung am Sonntag war dem griechischen Ministerpräsidenten nur mit der Unterstützung der Opposition verliehen worden. Von den 251 Ja-Stimmen der 300 Parlamentarier waren nur 145 von der Regierungskoalition abgegeben worden.

Das Volk müsse das falsche Dilemma von Memorandum oder Grexit zurückweisen, konstatierte Manolis Syntychakis, der für die Kommunistische Partei Griechenlands im Athener Parlament sitzt. Der KKE-Abgeordnete erklärte im privaten Fernsehsender *Mega*, die EU sei »nicht einfach ein Wolfsrudel, sondern die Diktatur der Kapitalisten«, die es abzuschütteln gelte. Die getroffene Vereinbarung bezeichnete Syntychakis als »Vereinbarung des einheimischen Kapitals von Frankreich, Italien und Griechenland mit dem von Deutschland und den baltischen Staaten«, bei der »auch die USA ihre Hand im Spiel hatten«. Die Einigung sei getroffen worden, »damit der von der EU verfolgte Weg insbesondere unter den Völkern Europas nicht in Frage gestellt wird«.

## »Tödlicher Schlag«<sup>5</sup>

Der US-amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman schrieb am Montag in einem Kommentar für die *New York Times* zur harten Haltung der EU gegenüber Griechenland: »Das europäische Projekt – ein Projekt, das ich immer gelobt und unterstützt habe – hat gerade einen furchtbaren, vielleicht sogar tödlichen Schlag erlitten. Und was immer man von Syriza oder Griechenland hält – die Griechen haben es nicht verbockt.« Der Hashtag »#thisisacoup«, der hunderttausendfach im Internetkurznachrichtendienst Twitter verbreitet wurde, liege genau richtig:

Das Vorgehen der Euro-Gruppe gehe über Strenge hinaus »in schiere Rachsucht, in komplette Zerstörung nationaler Souveränität, ohne Hoffnung auf Abhilfe«. Weiter schrieb Krugman: »Es ist vermutlich als Angebot gedacht, das Griechenland nicht annehmen kann – nichtsdestotrotz ist es ein grotesker Verrat an allem, wofür das europäische Projekt eigentlich stehen sollte.« Der Wirtschaftsexperte weiter: »Auf eine Art ist die Wirtschaft dabei fast zweitrangig. Aber lasst uns darüber im klaren sein: In den vergangenen Wochen haben wir gelernt, dass Mitglied der Euro-Zone zu sein bedeutet, dass die Gläubiger deine Wirtschaft vernichten können, wenn du aus der Reihe tanzst.«

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz warf der Bundesregierung einen »Mangel an Solidarität« in der Griechenland-Krise vor. Die Euro-Zone könne nicht ohne ein »Mindestmaß an Solidarität« betrieben werden, sagte der US-Wirtschaftswissenschaftler der Nachrichtenagentur AFP. Mit seiner harten Haltung untergrabe Deutschland den »gesunden Menschenverstand« von weitsichtiger Politik und das Gefühl von Zusammenhalt in Europa. Die bisherige Krisenpolitik sei eine »Katastrophe«, sagte der Professor an der Columbia University in New York und frühere Chefökonom der Weltbank. Deutschland habe Europa damit einen »Schlag ins Gesicht versetzt«.

*Oskar Lafontaine hat auf seine Facebook-Seite ein Zitat des schottischen Ökonomen und Moralphilosophen Adam Smith (1723–1790) gestellt: »Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung.«*

*Die linke Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel schrieb am Sonntag auf Facebook: »Die Bundesregierung, allen voran Schäuble, und die Euro-Gruppe wollen die linke Regierung in Griechenland stürzen. Nichts anderes haben diese ›Verhandlungen‹ zum Ziel. Früher wurden Militärputsche unterstützt, so einfach geht das nicht mehr, zumindest nicht in Griechenland. Heute spricht man von ›Vertrauen zurückgewinnen‹, aber das Ziel bleibt das gleiche: eine demokratisch gewählte Regierung zu Fall zu bringen mit perfiden Methoden des Aushungerns. Hier zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht: Allen, die sich diesem System widersetzen, wird das gleiche widerfahren, ist die eigentliche Botschaft! Unsere Botschaft muss heißen: Weg mit dieser kapitalistischen EU, ihr Weg ist mit Leichen gepflastert, im Mittelmeer, in Griechenland, in ...«*

*Sahra Wagenknecht, Erste Stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction im Bundestag, erklärte am Montag zum Verhandlungsergebnis der Staats- und Regierungschefs der*

---

<sup>5</sup> AFP/dpa/jW in junge welt vom 14.07.2015

*Euro-Zone in Brüssel:* „Mit Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel als Berlin-Troika hat Europa keine Zukunft. Erneut sollen Steuermilliarden für die Fortsetzung einer absurden und gescheiterten Politik verschleudert werden. Die neuen »Hilfspakete« dienen wieder nur der Zahlung alter Schulden mit neuen Schulden und der Stützung der griechischen Banken. Der wirtschaftliche Niedergang und die soziale Misere in Griechenland werden sich unter den Kürzungsprogrammen absehbar weiter verschärfen. Das Ganze ist nichts als ein neuer Akt verantwortungsloser Konkursverschleppung.

Durch das neue Griechenland-III-Paket wird das Gesamtrisiko für den öffentlichen Haushalt in Deutschland die 100-Milliarden-Grenze überschreiten. Zugleich wird nicht nur die Fortsetzung der Kürzungspolitik, sondern auch der neue Privatisierungsfonds, eine Art Treuhand 2.0, dafür sorgen, dass die Aussichten, auch nur einen Teil unseres Geldes jemals wiederzusehen, sich weiter verschlechtern. Wir haben in Deutschland nach der Wiedervereinigung einschlägige Erfahrungen mit der Verschleuderung öffentlichen Vermögens durch eine Treuhandanstalt gemacht. Die Neuauflage einer solchen Geldverbrennungsmaschine zum Vorteil einflussreicher Wirtschaftskreise und korrupter Oligarchen ist nun wirklich das letzte, was Griechenland in seinem Elend braucht.

Anstatt blind und gegen den Rat nahezu aller angesehenen Ökonomen eine gescheiterte Politik in Griechenland fortzusetzen, hätten Merkel und Schäuble mit einem Kurswechsel das Leiden der Griechen und den Schaden für uns alle zumindest begrenzen können. Griechenland braucht keine neuen Milliardenpakete, sondern einen Schuldenschnitt und außerdem eine höherer Besteuerung der reichen Oligarchen. Nur wenn die Wirtschaft dank neuer Investitionen wieder auf die Beine kommt, können auch wir davon ausgehen, dass wenigstens ein Teil des in der Vergangenheit bereit gestellten Steuergeldes zurückgezahlt werden kann.“

### **Tsipras akzeptiert Knebelungsprogramm<sup>6</sup>**

Der Traum ist aus. Gerade einmal eine Woche ist es her, da schienen die kühnsten Hoffnungen, die Syriza zur Regierungsmacht getragen hatten, doch noch Wirklichkeit werden zu können: Eine tragfähige Schuldenlösung, keine weiteren Privatisierungen und Rentenkürzungen sowie keine Anhebung der Mehrwertsteuer. Mehr als 60 Prozent hatten »Oxi« zu den Grausamkeiten der Gläubiger gesagt. Nur sieben Tage später hat dieses Nein keine Bedeutung mehr.

Womöglich hatte Alexis Tsipras gehofft, das Votum als Rückenwind bei neuen Verhandlungen nutzen zu können. Ein solch klares Ergebnis müsste doch in Brüssel Eindruck machen, mag er kalkuliert haben. Das Gegenteil war der Fall. Die Gläubiger setzten statt dessen noch eins drauf. Tsipras wurde für das Referendum abgestraft, denn was die in Europa Herrschenden nun einmal auf den Tod nicht ausstehen können, ist die Einmischung der Völker in ihre Brüsseler Geheimdiplomatie, denn dann geht es für sie fast immer schief, dann wird erkennbar, dass ihre Politik gar keine Mehrheit hat.

Das Ergebnis von Montag früh ist für Athen entwürdigend und demütigend. Die Einrichtung eines Treuhandfonds zur Garantie von Privatisierungen raubt Griechenland entscheidende

---

<sup>6</sup> Von Andreas Wehr in junge welt vom 14.07.2015

Souveränitätsrechte. Eine Übertragung »griechischen Staatsvermögens auf Institutionen der Euro-Zone im Tausch gegen Schulden« hatte der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, zur Bedingung für den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone gemacht. Jetzt hat Angela Merkel dem deutschen Monopolkapital diesen Wunsch erfüllt. Griechenland wird auf den Status einer Kolonie degradiert.

In der Linken wird nun wieder die Klage darüber anheben, dass Athen brutal erpresst wurde. Wohl wahr! Doch zu einer erfolgreichen Erpressung gehören bekanntlich zwei. Und hier konnte sich Brüssel seiner Sache stets sicher sein, hatte doch Syriza einen Plan B, einen Ausstieg des Landes aus dem Euro, zu keinem Zeitpunkt auch nur erwogen. Tsipras träumte lieber von einem anderen, demokratischen, sozialen Europa. Der US-Ökonom Paul Krugman bemerkte dazu: »Dies beließ ihn in einer hoffnungslosen Verhandlungsposition.« Anders die Gläubiger: Sie hatten mit dem Vorschlag von Wolfgang Schäuble, Griechenland vorübergehend, mindestens aber für fünf Jahre, aus der Euro-Zone auszuschließen, ihren Plan B in der Hinterhand.

Das neue Knebelungsprogramm hat jetzt noch einige nationale Parlamente zu passieren. In Athen wird wahrscheinlich eine ganz große Koalition unter Einschluss der alten Oligarchenparteien Nea Dimokratia und Pasok das Ergebnis durchwinken.

Fehlende Stimmen vom linken Syriza-Flügel wären so mehr als kompensiert. Auch im Bundestag gibt es eine klare Mehrheit dafür.

Die Linksfraktion wird im Bundestag vermutlich nicht für die in Brüssel vereinbarten neue ESM-Kredite für Griechenland votieren. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Linke einem solchen Austeritätsprogramm zustimmen wird«, sagte Parteichef Bernd Riexinger am Montag in Berlin. In einer politischen Bewertung warfen die beiden designierten Linken-Fraktionschefs Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht der Bundesregierung vor, sie erpresse Athen. »Wer beim Referendum für ein 'Nein' war, um weiteren Kürzungsdiktaten eine Absage zu erteilen, kann jetzt nicht 'Ja' sagen«, heißt es in der Bewertung von Bartsch und Wagenknecht. Statt das Votum der griechischen Bevölkerung beim Referendum zu akzeptieren, hätten Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) und die Europäische Zentralbank (EZB) die Regierung in Athen »weiterhin gnadenlos erpresst«. Dabei habe die griechische Bevölkerung »trotz erpresserischer Bargeldverknappung und Grexit-Angstkampagne« ihren Willen zum Ausdruck gebracht, in dem es Nein zu drastischen Mehrwertsteuererhöhungen, zu Rentenkürzungen und »zur weiteren Verschleuderung öffentlichen Vermögens« gesagt habe. Die von der griechischen Regierung vorgelegte Liste, die das griechische Parlament mit den Stimmen der Opposition als Verhandlungsgrundlage gebilligt hat, entspreche in allen zentralen Fragen dem Vorschlag der Institutionen, den 61 Prozent der Griechen im Referendum abgelehnt hatten, kritisierten die Linken.

### **Ein unerklärter Wirtschaftskrieg**

Es geht bei dieser jüngsten Etappe des unerklärten Wirtschaftskrieges, den Deutschland gegen Europa führt, um viel mehr als Griechenland. Berlin muss an dem Mittelmeerland in alter deutscher Tradition ein "Exempel" statuieren, um seine Dominanz in dem

Währungsraum zu festigen. Niemand soll es jemals wieder wagen, den Weisungen aus Berlin zu widersprechen und die deutsche Vormachtstellung im Euroraum herausfordern. "Tu, was wir sagen, oder leide", so formuliert die Washington Post diese deutsche Logik.

Die Sonderbehandlung, die Berlin nun Griechenland angedeihen lässt, stellt für die Washington Post ein "nicht allzu subtiles Signal an die Anti-Austerität-Parteien in Spanien und Portugal dar, dass sie nichts durch die Herausforderung des monetären Status quo erreichen werden".<sup>7</sup> Griechenland soll weiterhin als ein „finanzieller Sklavenstaat“<sup>8</sup> (Business Insider) Deutschlands in "ökonomischer Depression" versinken, um keine Nachahmereffekte in Europa auszulösen.

Merkels „harte Hand“<sup>9</sup> (welt.de), die seit Krisenausbruch in Europa herrscht, muss ein Exempel statuieren, um die Wahlchancen der Linksparteien in Spanien und Portugal in diesem Jahr zu minimieren. Das ist auch der spanischen Protestpartei Podemos klar, die Ende Juni Deutschland beschuldigte, mit diesem rücksichtslosen Vorgehen "das europäische Projekt aufs Spiel zu setzen".

Die deutsche Regierung hat seit Krisenausbruch die Politik "Europas" gegenüber Griechenland wie auch den Krisenländern bestimmt. Brüssel stellt nur ein europäisches Feigenblatt deutscher Dominanz in Europa dar. Die Verantwortung für das desaströse und gnadenlose Sparregime, mit dem die Eurozone überzogen wurde, liegt nahezu ausschließlich in Berlin.

Es gehe bei den aktuellen Auseinandersetzungen nur um "Deutschland und Griechenland", erklärte etwa der Wirtschaftsjournalist Jim Cramer in einer Kolumne, "die anderen Länder sind nur Zaungäste".<sup>10</sup>

Berlin hat den IWF ins Boot geholt, um das deutsche Sparregime in Europa möglichst effektiv zu gestalten. Und Berlin kooperiert weiterhin aufs Beste mit dem IWF. Als die EU-Kommission sich mit den eingangs erwähnten Kapitulationsangebot aus Athen zufrieden zeigte, war es eben der IWF, der mit neuen Forderungen querschoss.<sup>11</sup> Zugleich betonte Berlin, dass ein Deal mit Athen nur unter Einbeziehung des IWF möglich wäre.

Eine ähnlich vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht zwischen Finanzminister Wolfgang Schäuble und dem Chef der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem, der an der Eskalation der gegenwärtigen Krise an prominenter Stelle beteiligt war, als er das Ende der Krisenkredite für das Mittelmeerland verkündete.<sup>12</sup> Schäuble lässt das politische Leichtgewicht Dijsselbloem zwecks deutscher Imagepflege gerne die Drecksarbeit erledigen. Die niederländisch Zeitung Vrij Nederland schrieb über den "Euro-Doktor" Dijsselbloem:

---

<sup>7</sup> <http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2015/06/25/europe-strikes-back-it-seems-to-be-trying-to-push-greece-out-of-the-euro/>

<sup>8</sup> <http://www.businessinsider.in/KRUGMAN-Europe-is-crazy-to-let-Greece-implode-but-given-this-Greece-is-doing-the-right-thing/articleshow/47853660.cms>

<sup>9</sup> <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13738318/Jetzt-regiert-Angela-Merkels-harte-Hand-in-Europa.html>

<sup>10</sup> <http://www.thestreet.com/story/13200763/1/jim-cramer-its-up-to-the-germans-to-end-the-greek-debt-crisis.html>

<sup>11</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-iwf-und-eu-kommission-haben-offenbar-aerger-a-1040351.html>

<sup>12</sup> <http://www.nzz.ch/wirtschaft/dijsselbloem-informiert-ueber-die-sitzung-1.18570036>



„Wolfgang Schäuble hat Dijsselbloem erfunden“, sagt einer der Angestellten des deutschen Ministers. "Er hat ein beinahe väterliches Verhältnis zu ihm." ... Ab dem Zeitpunkt, als Dijsselbloem nach seiner Nominierung durch Schäuble zum Präsidenten ernannt wurde, wurde er als Lakai der allmächtigen Deutschen bekannt, insbesondere in den südlichen Ländern. Und die sparsamen Niederländer haben bereits den Ruf weg, Deutschlands stärkste Verbündete bei der Durchsetzung der sakrosankten<sup>13</sup> Haushaltsvorschriften zu sein. Die Medien haben ihn als "Schäubles Lakai" bezeichnet und als "Clogs tragenden Deutschen".<sup>14</sup>

Es war selbstverständlich der rabiate Merkantilismus, die mittels der Agenda 2010<sup>15</sup> forcierte extreme Exportausrichtung der deutschen Wirtschaft, die Deutschland den Weg zur gegenwärtigen Wirtschaftsdominanz ebnete. Die enormen Handelsüberschüsse Deutschlands sind die Schulden der Defizitländer. Dieser aggressive Neomerkantilismus Berlins, der einem Wertraub gleichkommt und Schulden, Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung exportiert, lässt sich eindeutig empirisch verifizieren. Der Beitrag der BRD an der Ausbildung der europäischen Schuldenkrise, die Berlin zur Ausformung des deutschen Europas nutzen konnte, lässt sich auf Heller und Pfennig beziffern.

Von den 829,341 Milliarden Euro an Leistungsbilanzüberschüssen, die Deutschland gegenüber der Eurozone bis zum ersten Quartal 2015 anhäufte, entfielen auf die Südküste mehr als die Hälfte, nämlich 451,784 Milliarden Euro. Die deutsche Beggarthy-neighbor-Politik entzog den besagten südeuropäischen Volkswirtschaften somit Wertschöpfung im Umfang einer knappen halben Billion Euro in nur einem Dutzend Jahre.

Hiernach nutzte Berlin diesen erfolgreichen Wertraub, um die verschuldeten Volkswirtschaften - wie erläutert, 451,784 Milliarden des südeuropäischen Schuldenbergs entfallen auf die deutschen Überschüsse! - in eine mit weitgehendem Souveränitätsentzug und knallhartem Sparregime einhergehende Schuldknechtschaft zu pressen. Der Außenhandelschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Volker Treier, formulierte diesen Zusammenhang in aller Ignoranz Anfang 2014 folgendermaßen: "Mit unseren Überschüssen waren wir überhaupt erst in der Lage, als Garantiegeber für die Euro-Krisenländer aufzutreten."<sup>16</sup> Genau: Die Deutschen Überschüsse, die Europas Schuldenberge generierten, nutzte Berlin, um als "Garantiegeber" das deutsche Europa zu errichten, dass uns bald um die Ohren fliegen wird.

Letztendlich führen die deutschen Funktionseleiten eine Art Wirtschaftskrieg, um eine hegemoniale Stellung der Bundesrepublik innerhalb Europas zu erringen, wobei sich Berlin gerade auf die neoliberalen Regierungen in den europäischen Krisenstaaten stützen kann, die um reiner Machterhaltung willen keine europäische Alternative zu Austerität und Sparregime dulden können. Sie würden sonst an den Wahlurnen hinweggefegt. Diese südeuropäischen Regierungen - etwa in Spanien oder Portugal - agieren somit tatsächlich als wirtschaftspolitische Kollaborateure Berlins, die offensichtlich entgegen den wirtschaftlichen Interessen ihrer eigenen Bevölkerung handeln.

<sup>13</sup> unverletzlich, unantastbar, nicht verhandelbar.

<sup>14</sup> <http://www.voxeurop.eu/de/content/article/4945349-jeroen-dijsselbloem-der-euro-doktor>

<sup>15</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38753/>

<sup>16</sup> <http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEBEEA0D02C20140114>

Wer ausschert und sich wehrt, an dem wird ein Exempel statuiert. Beim letzten großen deutschen Anlauf zur Weltmacht wurden für jeden von Partisanen getöteten deutschen Besatzer für gewöhnlich 100 Zivilisten von der Wehrmacht ermordet.

Diesmal werden ganze Volkswirtschaften in den sozioökonomischen Zusammenbruch getrieben, sobald deren Bevölkerung die "falsche" Wahl trifft. Die Methoden haben sich gewandelt, die Mentalität der Berliner Politeliten scheint geblieben zu sein.

Dabei kann diese deutsche Strategie, diesmal ganz ohne Waffen-SS die europäische Hegemonie zu erringen, nicht nur am europäischen Widerstand, sondern auch an der Krisendynamik scheitern, die sie befeuerte. So könnte bald die Spekulationsdynamik kollabieren, die sich auf Chinas Aktienmärkten entwickelt hat. Trotz massiver Zinssenkungen der chinesischen Notenbank wollen sich die heiß gelaufenen Kurse in der Volksrepublik nicht erholen. Angesichts dieses instabilen globalen Umfeldes und allen Eindämmungsversuchen Europas zum Trotz könnte sich dieses „dritte Rettungsprogramm für Griechenland“ als der berühmte letzte Tropfen erweisen, der das Fass zum Überlaufen bringt.<sup>17</sup>

### **Fällige Reparationen**

Im Übrigen sei nochmals an Folgendes erinnert: Auf Weisung Hitlers und auf Befehl des Generalfeldmarschalls Wilhelm Keitel verübte die deutsche Wehrmacht in Griechenland grausamste Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das Land wurde ausgeraubt und ausgeplündert. Beim Abzug der deutschen Truppen wurde die gesamte Infrastruktur zerstört. Auch in Italien waren die Wehrmacht und die ihr unterstellte SS verantwortlich für vergleichbare Verbrechen.

Die Täter sind bekannt, die Tatumstände sind bekannt. Keitel wurde vom Nürnberger Kriegsverbrecher Tribunal zum Tode verurteilt. In der Folgezeit leistete sich deutsche Justiz bei der Aufklärung, Verfolgung und Verurteilung dieser Verbrechen weitgehend ein Schauspiel, welches als passiver Widerstand bezeichnet werden kann, und dem in nicht wenigen Fällen Sympathien mit dem Nazi-Regime und den Tätern zugrunde lagen. Eine angemessene Entschädigung der Opfer bzw. Opferfamilien, eine Entschädigung der Staaten für die Zerstörungen, Ausraubungen und Plünderungen, und auch eine Rückzahlung des von Griechenland gezahlten Zwangskredits erfolgten bisher ebenfalls nicht. Seit Gründung der Bundesrepublik wehren die verschiedenen Bundesregierungen die griechischen Ansprüche mit fadenscheinigen Gründen ab. Wir fordern daher:

- **Nein zur diktierten Armut durch die Troika!**
- **Ja zur Demokratie!**
- **Solidarität mit dem griechischen Volk!**
- **Schuldenschnitt jetzt! Schuldenmoratorium für Griechenland!**
- **Reparationszahlungen neu verhandeln!**

---

<sup>17</sup> Handelsblatt 13.07.2015: Börsencrash China: Mobius hält China-Aktien noch für zu teuer. Autor: [Bloomberg](#)  
Datum: 13.07.2015 12:26 Uhr